VA Peter Kramer stellt die Sitzungsvorlage vor und begründet die vorgelegten Vorschläge der Entgelte.

Im Anschluss korrigiert VA Bohlen –Janssen folgenden Punkt der Sitzungsvorlage: Anders als in der Sitzungsvorlage dargestellt, sind die 2.500 Besucher im Kombitarif Bad/Sauna dem Saunabereich zugeordnet. Es ergeben sich somit 47.500 Badegäste und 5.000 Saunagäste.

RM Just stellt sein Alternativmodell zu den Entgelten vor und begründet dieses. Er legt dar, dass es in der Vergangenheit so gewesen sei, dass die Saunaentgelte im Badentgelt inbegriffen waren. RM Just spricht sich gegen eine "Bezahlsauna" aus, da eine höhere Bindungsquote erreicht werden könne, sofern die Saunabenutzung im Badentgelt enthalten wäre. Das Saunaangebot solle ein Angebot für alle 50.000 prognostizierten Badenden sein. Die Sauna stelle in seinem Alternativmodell eine zusätzliche Serviceleistung dar.

RM Eggers weist darauf hin, dass im früheren Defizitbetrag in Höhe von 600.000 € Zinsen und Tilgung enthalten seien, die im jetzt errechneten Defizitbetrag von < 300.000 € deutlich geringer ausfallen. Der Zuschussbedarf sei somit als nahezu gleich zu bezeichnen.

Auf die Frage von RM Eggers, ob den Acticbesuchern ein freier Zugang zur Sauna gewährt werde, antwortet BM Böhling, dass das noch nicht entschieden sei. BM Böhling wiederspricht den Aussagen von RM Eggers, dass der Zuschuss aufgrund gefallenen Zinsen nahezu gleich geblieben sei. Fakt ist, dass der Zuschussbedarf deutlich geringer ist. Die Frage, ob Ehrenamtskartenträger Vergünstigungen erhalten, wird bejaht.

RM Eggers bittet weiterhin um die Auskunft, ob die Acticmitglieder in den Erhebungen enthalten waren. VA Bohlen-Janssen führt aus, dass die Acticmitglieder nicht in die Berechnung mit einbezogen worden sind, wohl aber nachrichtlich erwähnt wurden.

RM von Heynitz merkt an, dass er den Businessplan für unrealistisch hält. Bei einer Erhöhung der Eintrittspreise gemessen an den alten Eintrittspreisen, werden sich 50.000 Besucher nicht halten lassen. Ferner glaubt er, die Struktur der Eintrittsentgelte sei zu kompliziert. Er spricht sich für das Alternativmodell von RM Just aus.

RM Buss spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, das Alternativmodell von RM Just zu rechnen. Bis dahin sollte der Beschluss über die Eintrittsentgelte zurück gestellt werden.

Auf die Anmerkung von RM Heiden, dass auch er die prognostizierten Besucherzahlen für unrealistisch halte, entgegnet BM Böhling, dass sich die Zahlen an den letzten realistischen Besucherzahlen des Aqua Tolls orientieren. Er betont, der Businessplan sei vorsichtig und zurückhaltend gerechnet. Bei den Bewirtschaftungskosten zum Beispiel seien hohe Ansätze gewählt worden. Der Bedarf der Schulen orientiere sich mit 50.000 an dem vorherigen Wert. Dieser Wert seien die Besucherzahlen inklusive Bundeswehrbesucher. Eine korrekte Rechnung

werde dann vorgenommen, wenn die konkreten Anmeldezahlen der Schulen vorliegen. Die Berechnung werde dann umgehend im nächsten Bäderausschuss vorgelegt.

RM Fischer spricht sich dafür aus, den Vorschlag von RM Just zu überdenken und für die Rückstellung des Beschlusses aus. Nach seiner Ansicht wäre nur eine Umsatzsteuer in Höhe von 7 % zu zahlen, sofern der Saunatarif im Badentgelt integriert sei.

VA Bohlen-Janssen merkt an, dass lediglich ein Umsatzsteuersatz von 7 % zu zahlen wäre, wenn der Saunabereich im Bad integriert wäre, also kein abgeteilter Bereich innerhalb des Bades für den Saunabereich bestünde.

RM Just ergänzt, dass der Hauptzweck das Schwimmen sein müsse, dann müsse bei einem Einheitspreis nur eine Umsatzsteuer von 7 % gezahlt werden.

BM Böhling sagt diesbezügliche rechtliche Prüfung zu.

BM Böhling betont, dass die Verwaltung sozialverträgliche Eintrittspreise vorgeschlagen habe. Eine Prüfung des Alternativvorschlags von RM Just werde von der Verwaltung vorgenommen.

RM Heiden weist darauf hin, dass die Stadt Friesoythe aufgrund übermäßiger Subventionierungen Gelder zurück zu zahlen hatte.

BM Böhling betont, dass das in Schortens nicht passieren könne. Eine defizitäre Einrichtung dürfe nicht auf Dauer bezuschusst werden. Dieser Aspekt des EU Rechtes wurde berücksichtigt.

RM von Heynitz regt an, ein Alternativangebot zu den Saunen der Umgebung zu schaffen. Zum Beispiel könne erlaubt werden, die Sauna mit Badebekleidung zu besuchen.

BM Böhling antwortet auf Anfrage eines Bürgers, dass es keine Jahreskarte für das neue Bad geben solle.

Die Ausschussvorsitzende formuliert folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Der Beschluss über die Eintrittsentgelte wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt den Alternativvorschlag von RM Just zu rechnen und im nächsten Bäderausschuss vorzustellen.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.